



Industrie- und Handelskammer
Fulda

Pflichtinformationen gem. Art. 12 ff. DS-GVO zur Verarbeitung von Anmeldungen zur Teilnahme an einer Sachkundeprüfung mit freiverkäuflichen Arzneimitteln vor einem Prüfungsausschuss der IHK Fulda (§ 50 Arzneimittelgesetz in Verbindung mit den §§ 2 bis 9 der Verordnung über den Nachweis der Sachkenntnis im Einzelhandel mit freiverkäuflichen Arzneimitteln vom 20. Juni 1978 (BGBl I S. 753), zuletzt geändert durch Art. 1 der Verordnung vom 06. August 1998 (BGBl. I S. 2044)

Kontaktdaten des Verantwortlichen

Unternehmen: Industrie- und Handelskammer (IHK) Fulda (KdöR)
Name: Konow
Vorname: Michael
Anschrift: Heinrichstraße 8, 36037 Fulda
Telefon: +49 661 284-0
Email: info@fulda.ihk.de

Kontaktdaten des externen Datenschutzbeauftragten

Unternehmen: BerIsDa GmbH
Anschrift: Rangstraße 9, 36037 Fulda
Telefon: +49 661 29 69 80 90
Email: datenschutz@berisda.de

I. Gesetzliche Grundlagen für die Datenverarbeitung

Der Schutz Ihrer persönlichen Daten hat für die IHK Fulda einen hohen Stellenwert. Es ist uns wichtig, Sie darüber zu informieren, welche persönlichen Daten wir verarbeiten und zu welchen Zwecken. Gemäß §§ 2 bis 9 der Verordnung über den Nachweis der Sachkenntnis im Einzelhandel mit freiverkäuflichen Arzneimitteln vom 20. Juni 1978 (BGBl I S 753), zuletzt geändert durch Art. 1 der Verordnung vom 06. August 1998 (BGBl. I S. 2044) sind die IHKn von dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration am 27.06.1979 für die Organisation und die Durchführung der Prüfung als zuständige Stelle bestimmt worden.

II. Welche personenbezogenen Daten erheben wir und woher beziehen wir diese?

Daten des Antragstellers

- Name
- Vorname
- Anschrift
- Geburtsdatum
- Geburtsort
- Geschlecht
- Hinweise zum Beschäftigungsverhältnis incl. Arbeitgeber sowie dessen Anschrift
- Hinweise zur telefonischen Erreichbarkeit (Privat und dienstlich)
- Rechnungsadresse

Ihre personenbezogenen Daten werden grundsätzlich direkt bei Ihnen durch die Anmeldung zur Teilnahme an der Sachkundeprüfung mit freiverkäuflichen Arzneimitteln (Formular in Papierform oder der digitalen Variante) erhoben.

III. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Die von Ihnen überlassenen personenbezogenen Daten werden im Einklang mit den Bestimmungen der europäischen Datenschutzverordnung (DS-GVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz-neu (BDSG-neu) verarbeitet:

- **Aufgrund gesetzlicher Vorgaben (gem. Art. 6 Abs.1 Lit. c DS-GVO) oder im öffentlichen Interesse (gem. Art. 6 Abs.1 Lit. e DS-GVO)**
Zweck der Verarbeitung ist die Durchführung Sachkundeprüfungen mit freiverkäuflichen Arzneimitteln gemäß Arzneimittelgesetz § 50 in Verbindung mit §§ 2 bis 9 der Verordnung über den Nachweis der Sachkenntnis im Einzelhandel mit freiverkäuflichen Arzneimitteln vom 20.06.1978 (BGBl. I S. 753), zuletzt geändert durch Art. 1 der Verordnung vom 06. August 1998 (BGBl. I S. 2044).

IV. Wer erhält die von Ihnen überlassenen personenbezogenen Daten?

Innerhalb der IHK Fulda erhalten diejenigen Bereiche Zugriff auf die von Ihnen überlassenen personenbezogenen Daten, die diese zur Erfüllung der vertraglichen und gesetzlichen Pflichten benötigen und die zur Verarbeitung dieser Daten berechtigt sind.

Im Rahmen unserer Leistungserbringung beauftragen wir Auftragsverarbeiter, die zur Erfüllung der vertraglichen Pflichten beitragen, z. B. Rechenzentrumsdienstleister, EDV-Partner, Aktenvernichter etc. Diese Auftragsverarbeiter werden von uns vertraglich zur Einhaltung der berufrechtlichen Verschwiegenheit sowie zur Einhaltung der Vorgaben der DS-GVO und des BDSG-neu verpflichtet.

V. Werden die von Ihnen überlassenen Daten an Drittländer oder internationale Organisationen übermittelt?

Eine Übermittlung der von Ihnen überlassenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation erfolgt in keinem Fall. Sollten Sie im Einzelfall die Übermittlung der von Ihnen überlassenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation wünschen, führen wir dies nur nach Ihrer schriftlichen Einwilligung durch.

VI. Findet automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling statt?

Zur Verarbeitung der von Ihnen überlassenen Daten kommt keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung (einschließlich Profiling) gem. Art. 22 DS-GVO zum Einsatz.

VII. Dauer der Verarbeitung (Kriterien der Löschung)

Die Verarbeitung der von Ihnen überlassenen Daten erfolgt so lange, wie sie zur Erreichung des vertraglich vereinbarten und gesetzlichen Zweckes notwendig ist, grundsätzlich so lange das Vertragsverhältnis mit Ihnen besteht. Nach der Beendigung des Vertragsverhältnisses werden die von Ihnen überlassenen Daten zur Einhaltung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten oder aufgrund unserer berechtigten Interessen verarbeitet. Nach dem Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen und/oder dem Wegfall unserer berechtigten Interessen werden die von Ihnen überlassenen Daten gelöscht.

Voraussichtliche Fristen der uns treffenden Aufbewahrungspflichten und unserer berechtigten Interessen:

- 50 Jahre für die Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrages und hinsichtlich nachgelagerter sozialversicherungsrechtlicher Fragen

VIII. Auskunft über Ihre Rechte

- Recht auf **Berichtigung** gem. Art. 16 DS-GVO:

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung Ihrer unrichtigen personenbezogenen Daten zu verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten — auch mittels einer ergänzenden Erklärung — zu verlangen.

- Recht auf **Löschung („Recht auf Vergessenwerden“)** gem. Art. 17 DS-GVO:

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass Ihre Daten unverzüglich gelöscht werden. Der Verantwortliche ist verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

- a) Zwecke, für die die personenbezogenen Daten erhoben wurden, entfallen
- b) Sie widerrufen Ihre Einwilligung der Verarbeitung. Eine anderweitige Rechtsgrundlage für die Verarbeitung liegt nicht vor.
- c) Sie widersprechen der Verarbeitung. Eine anderweitige Rechtsgrundlage für die Verarbeitung liegt nicht vor.
- d) Die personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
- e) Die Löschung der personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.
- f) Die personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Artikel 8 Absatz 1 erhoben.

- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung** gem. Art. 18 DS-GVO & § 35 BDSG-neu:

Sie haben das Recht die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der folgenden Voraussetzungen gegeben ist:

- a) Die Richtigkeit der personenbezogenen Daten wird von Ihnen angezweifelt.
- b) Die Verarbeitung ist unrechtmäßig; Sie lehnen eine Löschung jedoch ab.
- c) Personenbezogene Daten werden für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt; Sie benötigen die Daten jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
- d) Sie haben Widerspruch gegen die Verarbeitung gem. Art. 21 Abs. 1 DS-GVO eingelegt. Solange noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen Ihnen gegenüber überwiegen, wird die Verarbeitung eingeschränkt.

- Recht auf **Datenübertragbarkeit** gem. Art. 20 DS-GVO:

Sie haben das Recht die von Ihnen bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format von dem Verantwortlichen zu erhalten. Eine Weiterleitung an einen anderen Verantwortlichen darf von uns nicht behindert werden.

- **Widerspruchsrecht** gem. Art. 21 DS-GVO:

Hierzu wenden Sie sich bitte an den Verantwortlichen der Verarbeitung (s. o.).

- **Beschwerderecht** bei der Aufsichtsbehörde gem. Art. 13 Abs. 2 Lit. d, 77 DS-GVO i. V. m § 19 BDSG-neu:

Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer Daten gegen die DS-GVO verstößt, haben Sie das Recht Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde einzulegen. Hierzu wenden Sie sich bitte an die zuständige Aufsichtsbehörde

Für uns zuständig ist die Aufsichtsbehörde:

Zuständige Aufsichtsbehörde ist gem. Paragraph 11 Absatz 1 IHK-Gesetz (IHKG) in Verbindung mit Paragraph Absatz 1 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum IHKG der für die Wirtschaft zuständige Minister des Landes Hessen.

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Postfach 3163
65021 Wiesbaden

- **Zurückziehen der Einwilligung** gem. Art. 7 Abs. 3 DS-GVO:

Beruhet die Verarbeitung auf Ihrer Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 Lit. a oder Art. 9 Abs. 2 Lit. a (Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten), sind Sie jederzeit dazu berechtigt die zweckmäßig gebundene **Einwilligung zurückzuziehen**, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.